



TOP-Thema

Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung

Überall ist man mit Werbung konfrontiert, die zum Kauf bestimmter Produkte oder Dienstleistungen anregen soll. Werbung hat aber auch noch einen subtileren Einfluss: Werbebilder können dazu beitragen, gesellschaftliche Vorstellungen zu formen und zu reproduzieren. Werbung, die Klischees oder Stereotype abbildet, bestärkt somit bestehende soziale Ungleichheiten. Dies wirkt sich negativ auf unser gleichberechtigtes soziales Zusammenleben aus. Daher ist das Eintreten gegen diskriminierende und sexistische Werbung ein wichtiger Teil der Berliner Antidiskriminierungsarbeit.

Der Senat hat mit dem seit 2019 geltenden Verbot diskriminierender und sexistischer Inhalte auf landeseigenen Werbeflächen einen ersten großen Schritt gemacht. Darüber hinaus entwickelten die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke, die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz unter Federführung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ein [Rahmenkonzept gegen diskriminierende und sexistische Werbung](#). Kernstück des im September 2020 vom Senat beschlossenen Rahmenkonzepts ist die Einrichtung einer [Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung](#).



Diese hat sich am 20. Januar 2021 gegründet und ist multiprofessionell mit Expert*innen der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit aus Wissenschaft, Bildung, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besetzt. Die Jury ist unabhängig und arbeitet ehrenamtlich. Sie nimmt Beschwerden entgegen und prüft, ob die entsprechende Werbung als diskriminierend bzw. sexistisch zu bewerten ist. Die Einschätzung erfolgt auf Grundlage eines Kriterienkataloges, der sich am Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes, des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) orientiert. Die Interventionsmöglichkeiten der Jury bestehen vor allem in Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie in der direkten Ansprache verantwortlicher Werbefirmen.

[Hier](#) können Sie diskriminierende Werbung an die Jury melden.

LADS im Gespräch mit Gökçe Yurdakul

Gökçe Yurdakul engagiert sich als Mitglied der Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung. Sie ist Soziologin und Professorin für Diversity and Social Conflict am Fachbereich Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Leiterin der Abteilung "Wissenschaftliche Grundsatzfragen" des Berliner Instituts für Empirische Integrations- und Migrationsforschung.



Das Thema diskriminierende Werbung ist wichtig, weil ... neuere wissenschaftliche Forschungen zeigen, wie Frauen, LGBTQI+, Postmigrant*innen, Muslim*innen, Jüd*innen, BiPOC und andere Mitglieder unserer Gesellschaft durch visuelle Bilder stereotypisiert werden. Einige dieser visuellen Strategien – insbesondere in Werbung – sexualisieren und rassifizieren Menschen und sprechen ihnen ihre menschliche Würde ab. Das ist mit unseren Grundrechten nicht vereinbar.

Ich erinnere mich beispielsweise noch nachdrücklich an eine Plakatwerbung mit einem Bild von einer Frau mit drei nackten Brüsten und dem Untertitel: „Mehr drin als man glaubt“. Ich war schockiert über diese sexualisierte Darstellung von Frauen. Eben solche herabsetzende Werbung gibt es auch mit rassifizierten Körpern, wo Menschen als exotische Objekte, Feindbilder oder Kriminelle dargestellt werden.

Die Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung ist erfolgreich, wenn ... neue Generationen wissen, dass diskriminierende und sexistische Werbung nicht zu einer demokratischen Gesellschaft gehört. Sensibilisierung in Bezug auf Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Sexismus sind Aufgaben der ganzen Gesellschaft. Daher hat die Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung eine Schlüsselrolle.

Mich beschäftigt im Moment ... die Darstellung von postmigrantischen Frauen in deutschen Medien und wie die Portraitierten darauf reagieren. Ich untersuche insbesondere, wie Politikerinnen, wie zum Beispiel Sawsan Chebli, oder Autorinnen und Journalistinnen, wie etwa Kübra Gümüşay, mit sexistischen und anti-muslimischen Beleidigungen unter Druck gesetzt werden. Oder auch, warum wichtige Wissenschaftlerinnen, wie beispielsweise Dr. Özlem Türeci von BioNTech, Medieninterviews systematisch vermeiden. In einem seltenen Interview mit dem Spiegel hat Frau Dr. Türeci gesagt, dass sie nicht möchte, dass ihre Identität in den Medien politisiert wird.

Akteur*innen vor Ort



Im Einsatz für Disability Mainstreaming: Leidmedien.de

Ein Beitrag von Judyta Smykowski, Leiterin des Projekts Leidmedien.de und Mitglied der Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung

Journalist*innen bilden in den Medien die Gesellschaft ab. Medienschaffende und all jene, die öffentlich kommunizieren, verbreiten über Menschen mit Behinderung jedoch noch zu häufig Floskeln und Klischees. Formulierungen wie „er*sie ist an den Rollstuhl gefesselt“ oder „sie*er leidet an einer

Behinderung“ lassen negative Bilder im Kopf entstehen und prägen die Wahrnehmung von behinderten Menschen. Im Allgemeinen sind es zwei Erzählweisen, in denen Menschen mit Behinderung vorkommen: als Opfer, die sich mit ihrer Behinderung dem Schicksal ergeben, oder als Held*innen, die das Leben „trotz der Behinderung“ meistern.

Im Projekt Leidmedien.de der Berliner Sozialheld*innen haben sich behinderte und nichtbehinderte Medienmacher*innen zusammen organisiert. Wir setzen uns dafür ein, dass Medienschaffende für klischeefreie Sprache und Bildsprache sensibilisiert werden. Wir wünschen uns eine Berichterstattung über Menschen mit Behinderung weg von einzelnen Schicksalsbeiträgen hin zum Thematisieren der Barrieren, die an einer vollen gesellschaftlichen Teilhabe im Alltag hindern. Unsere Mission ist Disability Mainstreaming, d. h. Menschen mit Behinderung sollen überall mitgedacht, mitgemeint und mit dabei sein.

Eine zentrale Frage bei der Kommunikation zu Behinderung sollte sein: Spielen die medizinische Diagnose oder die Behinderung des Menschen immer eine Rolle? Müssen sie im Vordergrund stehen? Fragen Sie Ihre Mitmenschen: Leiden sie an ihrer Behinderung oder leben sie mit ihr? Und: Leiden sie womöglich mehr an gesellschaftlichen Barrieren, z. B. an dem Fehlen eines inklusiven Bildungssystems, an zu wenig barrierefreien Sendungen in den Medien und an baulichen Barrieren, als an ihrer Behinderung?

Mehr [Informationen zu unserer Arbeit](#), eine [Begriffstabelle mit Formulierungsempfehlungen](#), unser [Workshop-Angebot](#) und eine [Fotodatenbank mit neuen Perspektiven](#) finden Sie online.

LADS Schlaglichter

Algorithmen und deren Diskriminierungspotential – Vorkonferenz des Ländertreffens der ministeriellen Antidiskriminierungsstellen



Schaubild der Vorkonferenz zu den bisherigen Berührungspunkten der ministeriellen Antidiskriminierungsstellen mit dem Thema algorithmenbasierte Diskriminierung

Zu Pandemiezeiten gilt es, neue Mittel und Wege auszuprobieren, um sich weiterhin durch kollegiales Empowerment und motivierenden Erfahrungsaustausch gegenseitig zu stärken. Deshalb fand die Vorkonferenz des diesjährigen Ländertreffens der ministeriellen Antidiskriminierungsstellen und Ansprechpersonen am 11.

März online statt. Das digitale Treffen bot sowohl Gelegenheit zur Reflektion des herausfordernden Jahres 2020 und der daraus gewonnenen, fachpolitischen Erfahrungswerte als auch zum gemeinsamen Einstieg in das Schwerpunkthema „Algorithmen und deren Diskriminierungspotential“, dem sich die Hauptkonferenz am 14. und 15. Juni widmen wird. Es wurden wichtige Schlüsselbegriffe wie Algorithmen, künstliche Intelligenz und automatisierte Entscheidungssysteme sowie für die Antidiskriminierungsarbeit relevante Fallbeispiele vorgestellt und die Bundesländer berichteten von ihren bisherigen Berührungspunkten mit der Thematik. Im anschließenden ersten Austausch konnten konkrete Handlungsbedarfe und mögliche Schnittstellen zu diesem Arbeitsbereich identifiziert und damit eine thematische Grundlage und spannende Ausgangsbasis für die weitere Diskussion auf der

Hauptkonferenz gelegt werden. Wir danken sehr herzlich für den inspirierenden Austausch und sehen der Hauptkonferenz im Juni gespannt entgegen.

Auftaktrunde zur Rahmendienstvereinbarung AGG-Beschwerdestellen

Bereits im August 2019 haben sich die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und die Senatsverwaltung für Finanzen (zuständig für das Landespersonal) mit dem Hauptpersonalrat darauf geeinigt, für die Berliner Verwaltung eine Rahmendienstvereinbarung zu den AGG-Beschwerdestellen zu schließen. Hintergrund ist, dass auch nach mehr als 14 Jahren Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Anlaufstellen für von Diskriminierung betroffene Beschäftigte in der Berliner Verwaltung weitgehend unbekannt sind. Diesen Befund bestätigen sowohl die AGG-Beauftragten, die die LADS regelmäßig zu Fachzirkeln einlädt, als auch die ausgewerteten Fallzahlen in der [Schriftlichen Anfrage Nr. 18/24325](#) vom 30. Juli 2020 über AGG-Beschwerdestrukturen in den Berliner Senats- und Bezirksverwaltungen sowie den landeseigenen Unternehmen. Die Rahmendienstvereinbarung zu den AGG-Beschwerdestellen soll berlinweit einheitliche Voraussetzungen für deren Arbeit schaffen und die Beschäftigten zur Wahrnehmung ihrer Antidiskriminierungsrechte ermutigen.



Am 22. Februar 2021 fand nun die Auftaktrunde zwischen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, der Senatsverwaltung für Finanzen und dem (erweiterten) Hauptpersonalrat statt. In diesem ersten Termin zeigte sich schnell, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen, dem Schutz der Beschäftigten vor Diskriminierung, und einen baldigen Abschluss der Rahmendienstvereinbarung anstreben.

Am 22. Februar 2021 fand nun die Auftaktrunde zwischen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, der Senatsverwaltung für Finanzen und dem (erweiterten) Hauptpersonalrat statt. In diesem ersten Termin zeigte sich schnell, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen, dem Schutz der Beschäftigten vor Diskriminierung, und einen baldigen Abschluss der Rahmendienstvereinbarung anstreben.

Erste Sitzung der Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus

Am 26. Februar 2021 begrüßten Senator Dr. Dirk Behrendt und Eren Ünsal, Leiterin der LADS, die Mitglieder und Gäste der neuen Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus im Land Berlin. Mit dem neuen Gremium setzt Berlin ein Zeichen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus und bündelt zu diesem spezifischen Phänomenbereich die Expertise aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Voraussichtlich in einem Jahr wird das Gremium Empfehlungen für das Verwaltungshandeln zur Prävention von antimuslimischem Rassismus veröffentlichen. Diese kritische Begleitung der Präventionsarbeit ist für die LADS und insbesondere für das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine große Bereicherung, denn Bedarfe und Lücken können so sichtbar gemacht und im Landesprogramm entsprechend nachgesteuert werden.

In der monatlich tagenden Expert*innenkommission, deren Sitzungen von Eren Ünsal geleitet werden, engagieren sich als Mitglieder: Dr. Zülfukar Çetin (Professor an der Evangelischen Hochschule Berlin), Ozan Zakariya Keskinliç (Politikwissenschaftler an der Alice Salomon Hochschule Berlin), Sanem Kleff (Leiterin des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“) und Dr. Yasemin Shooman (wissenschaftliche Geschäftsführerin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung). Vom Islamforum wurden als Mitglieder in das Gremium Lydia Nofal (stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands Berlin des Zentralrats der Muslime und Mitarbeiterin des Trägers Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie) und Mohamad Hajjaj

(Vorsitzender des Landesverbands Berlin des Zentralrats der Muslime und Geschäftsführer des Trägers Inssan e. V.). delegiert. Zusätzlich nimmt Katarina Niewiedzial, die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, als ständiger Gast teil.

Entschließungsantrag für eine Reform des Abstammungsrechts

Am 16. März 2021 hat der Berliner Senat beschlossen, einen [Entschließungsantrag zur Reform des Abstammungsrechts](#) in den Bundesrat einzubringen. Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, u. a. Regelungen zur Einführung der rechtlichen Mutterschaft sowie zur Schaffung von Rechtsklarheit in Fällen von künstlicher Befruchtung mittels privater Samenspende zu treffen. Weiterhin sollen Regelungen zur Stärkung der Befugnisse von sozialen Elternteilen, Patchwork- und Regenbogenfamilien und zur Stärkung der Rechte trans- und intergeschlechtlicher Elternteile sowie hinsichtlich der Ermöglichung von Konstellationen einer Mehrelternschaft gefunden werden. Die Inangriffnahme des Entschließungsantrages basiert auch auf Maßnahme 92 der [Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“](#) sowie auf den Richtlinien der Berliner Regierungspolitik und stellt einen weiteren Meilenstein der Berliner LSBTI-Politik bei der Stärkung der Akzeptanz und Wertschätzung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt dar.

Förderung von Mikroprojekten anlässlich der Berliner Pride Weeks

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung fördert Maßnahmen zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt im Rahmen der Berliner Pride Weeks. [Interessensbekundungen](#) für die Durchführung entsprechender Mikroprojekte können in diesem Jahr von



allen gemeinnützigen juristischen Personen des Privatrechts bis zum 22. April eingereicht werden. Um die Aktivitäten, Aktionen und andere Maßnahmen hinsichtlich geschlechtlicher und sexueller Vielfalt insbesondere auf lokaler Ebene sichtbar zu machen, ist das Schwerpunktthema der Mikroprojekte 2021 „Queer im Kiez – Nachbarschaft unter’m Regenbogen“. Die Förderung basiert auf Maßnahme 88 der [Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“](#), welche u. a. die Unterstützung kultureller und fachpolitischer Veranstaltungen im Rahmen des Christopher Street Days auf die Agenda gesetzt hat.

Förderung von Mikroprojekten zur LSBTI-Geschichte

Auch dieses Jahr sollen wieder Mikroprojekte zu LSBTI-Geschichte gefördert werden. Schwerpunkt wird 2021 das Thema LSBTI-Geschichts- und Gedenkorte in Berlin sein. Denn Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen haben Spuren in der Regenbogenhauptstadt hinterlassen. Ihre Repressionserfahrungen und ihr individueller oder kollektiver Widerstand, ihre kulturellen und politischen Interventionen in der Geschichte Berlins sind im öffentlichen Raum noch zu

wenig sichtbar. Die Projektförderung geht auf Maßnahme 47 der [Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“](#) zurück. Weitere Informationen zum Interessensbekundungsverfahren finden Sie auf unserer [Webseite](#).

Im Gedenken an Nina Mühe

Am 26. März 2021 ist Nina Mühe nach schwerer Krankheit verstorben. Die ausgewiesene Expertin im Themenfeld antimuslimischer Rassismus leitete die Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit (CLAIM), war Sprecherin des Berliner Islamforums und Mitglied des Expertenkreises Muslimfeindlichkeit des Bundesinnenministeriums. Vor einem Jahr ordnete sie in der Mai-Ausgabe unseres Infobriefs die Anschläge von Hanau gesellschaftlich ein und formulierte Forderungen an zukünftiges Verwaltungshandeln. Wir haben Nina Mühe als engagierte und starke Stimme im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus kennen und schätzen gelernt und werden ihre Expertise vermissen.



LADS Publikationen und Merkzettel

Diversity-Landesprogramm und Leitfaden



Am 8. September 2020 hat der Berliner Senat ein Diversity-Landesprogramm zur Förderung des kompetenten Umgangs der Verwaltung mit Vielfalt beschlossen. Die Broschüre zum Diversity-Landesprogramm sowie den dazugehörigen Leitfaden „Vielfalt zum Ausdruck bringen“ können Sie ab sofort als Druckexemplar unter broschueren.lads@senjustva.berlin.de bestellen oder als barrierefreies PDF [downloaden](#).

Neues Programm der LADS-Akademie



Die LADS-Akademie bietet auch in diesem Jahr Fortbildungsveranstaltungen an. Die einzelnen Termine werden nach und nach auf unserer [Website](#) veröffentlicht. Es lohnt sich also, regelmäßig vorbeizuschauen! Bei einigen Veranstaltungen kooperieren wir wieder mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Sie erkennen die Kooperations-Veranstaltungen an einem entsprechenden Hinweis. Wie immer finden alle Präsenz-Veranstaltungen an barrierefreien Orten statt und bei Bedarf werden selbstverständlich alle Angebote in Deutsche Gebärdensprache (DGS) übersetzt. Wir sind gespannt, wie Ihnen das neue Programm der LADS-Akademie gefällt und freuen uns, Sie schon bald bei den Trainings zu begrüßen!

Aktuelle Stellenausschreibungen

Sie interessieren sich für eine Mitarbeit im Team der LADS? [Hier](#) geht es zu unseren aktuellen Stellenausschreibungen.

Bildnachweise: S. 2: Prof. Dr. Yurdakul, Foto: Maike Klein; S. 1, S. 3 und S. 5: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, S. 6: Nina Mühe.